

**Christopher Vogt, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 350/ 2019  
Kiel, Dienstag, 22. Oktober 2019

Landwirtschaft/ Demo der Landwirte

## Oliver Kumbartzky: Wer das Land ernährt, verdient Respekt!

Zu den wachsenden Protesten der Landwirte, ausgedrückt durch das Aufstellen grüner Kreuze und die heutige Demonstration in Rendsburg, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und agrarpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Oliver Kumbartzky:

„Wer das Land ernährt, verdient Respekt. Anstatt Landwirte immer wieder pauschal an den Pranger zu stellen, brauchen wir auf Bundesebene endlich eine Agrarpolitik, die sich auf Wissenschaft und Sachverstand gründet, und die nicht durch Meinungsmache und Bauchgefühl bestimmt wird.

Die gegenwärtige Politik der Ministerinnen Schulze und Glöckner sowie das drohende Agrarpaket sind eine Ohrfeige für die unternehmerische und verantwortungsvolle Landwirtschaft in Deutschland, die zu höchsten Standards produziert. Das Agrarpaket wird dazu führen, dass viele Betriebe in Deutschland aufgeben müssen. Die Folge wäre, dass Fleisch und Milch dort erzeugt wird, wo die Standards bei Tierwohl, Boden- und Gewässerschutz deutlich niedriger sind als in Deutschland. Insgesamt geht es Tieren und natürlichen Ressourcen dann nicht besser, sondern schlechter. Nicht zuletzt verlängern sich Transportwege und wird mehr CO2 emittiert.

In einem europäischen Binnenmarkt können nationale Alleingänge schlicht nicht funktionieren – weder bei Pflanzenschutz noch bei Nitrat oder beim neuen Tierwohllabel. Statt immer mehr draufzusatteln und immer höhere Standards zu definieren, sollte die Bundesregierung ihren Einfluss in Brüssel lieber dafür nutzen, dass es endlich einheitliche europäische Standards für die Tierhaltung gibt. Damit würde es nicht nur Tieren europaweit besser gehen, sondern damit wäre auch endlich gewährleistet, dass die, die hohe Standards einhalten, nicht die Dummen sind und endlich auf Augenhöhe konkurrieren mit solchen, die gegenwärtig nach niedrigen Standards erzeugen und deshalb billiger sind.

Berlin muss die bundesweit ausgesendete Mahnung der Landwirtschaft ernst nehmen!“